

Rhein-Sieg Journal

Senioren
Union **CDU**

Ausgabe Januar 2025



Liebe Mitglieder der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises, ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr 2025!

Möge es für die ganze Welt ein friedvolleres Jahr werden, als es das Jahr 2024 war. Alle Hoffnungen auf ein Ende der krie-

gerischen Auseinandersetzungen, insbesondere in der Ukraine und im Nahen Osten, haben sich im vergangenen Jahr nicht erfüllt. Ich gebe zu, dass meine diesbezüglichen Erwartungen auch in diesem Jahr nicht sehr hoch sein können.

Leider ist im Mai nach langer Krankheit Michael Hartmann verstorben. Er war seit 2023 der Stellvertretende Vorsitzende und seit 2021 Schatzmeister der Senioren-Union Rhein-Sieg sowie Beisitzer im Vorstand der Senioren-Union Mittelrhein. Er hat sich mit seinen großen Kenntnissen des Finanzwesens sehr um die Senioren-Union verdient gemacht. Ich habe die Aufgaben als Schatzmeister nach seinem Tod interimistisch übernommen, Brigitte Schächter aus Alfter vertritt als Gast des Vorstands Mittelrhein unsere dortigen Interessen bis zur Neuwahl.

Die Mitgliederzahl der Senioren-Union Rhein-Sieg hat sich im Jahr 2024 positiv entwickelt. Erstmals seit 2021 zählen wir wieder mehr als 1100 Mitglieder und sind damit weiterhin die drittgrößte Kreisvereinigung in Deutschland. Dies ist besonders bemerkenswert, da wir ja am 1.1.2024 die Mindestmitgliedsbeiträge anpassen mussten. Dank Ihres großen Verständnisses für den notwendigen Schritt, haben uns sehr viele Mitglieder die Treue gehalten.

Dafür danke ich Ihnen allen von Herzen!

In Lohmar konnten wir nach mehrjährigen Bemühungen die Senioren-Union unter dem neuen Vorsitzenden Siegfried Baumeister erneut ins Leben rufen, die Ortsvereinigungen Neunkirchen-Seelscheid und Much haben sich im Frühjahr zu einer aktiven Gemeinschaft

zusammengeschlossen. Damit sind wir in 17 von 19 Städten und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis mit lebendigen Gruppen vertreten.

Die Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises hat im Jahr 2024 erstmalig ein Positionspapier im Vorfeld der Kommunalwahlen 2025 verfasst und als Vorlage an alle Kreisvereinigungen in NRW weitergeleitet. Die darauffolgende NRW-weite außerordentlich positive Resonanz hat mich berührt. Alle erkennen, dass es wichtig ist, die Belange der Generation Ü 60 in den kommunalen Wahlprogrammen wiederzufinden. Die Personengruppe über 60 stellt etwa 40% der Wählerinnen und Wähler an den Wahlurnen und diese Gruppe darf nicht vernachlässigt werden. Eine 70-jährige Frau hat heutzutage eine durchschnittliche Lebenserwartung von noch 17 Jahren. Für jeden leicht auszurechnen, wie oft sie noch zur Wahl gehen kann. Das Positionspapier gibt den Wahlkämpfern thematische Anregungen.

Wenn Sie diese Zeilen lesen, werden wir wenige Wochen vor einer richtungsweisenden Bundestagswahl stehen. Die CDU des Rhein-Sieg-Kreises stellt mit Lisa Winkelmeier-Becker und mit Dr. Norbert Röttgen hervorragende Kandidaten, die wir nach Kräften unterstützen sollten.

Gleiches gilt für unseren Landrat, der seine ausgezeichnete Arbeit für den Rhein-Sieg-Kreis über 2025 hinaus fortsetzen möchte.

Ich freue mich sehr, dass es uns auch in diesem Jahr wieder gelungen ist, hervorragende externe Referenten für unser Rhein-Sieg-Journal zu gewinnen. Bundespräsident a. D. Christian Wulff führt mit seinem Beitrag die Gruppe der Artikel an. Norbert Röttgen MdB und unser Landrat Sebastian Schuster komplettieren die Runde.

Herzliche Grüße

Ihr

Dieter Braun



Foto: Laurence Chaperon

Bundespräsident a. D. Christian Wulff

Neujahr liegt hinter uns. Ein neues Jahr und eine neue Chance liegen vor uns. Wir spüren, dass derzeit entschieden wird, wie die Zukunft dieses Jahr-

hunderts vorerst aussieht. Wir erkennen geopolitische Umwälzungen, wir spüren den Drang neuer oder aufkommender Autokratinnen und Autokraten nach Macht und Destabilisierung der nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg entstandenen internationalen Ordnung.

Ich bin im Geiste der Freiheit und des Fortschrittes sowie in der Abkehr zu Nationalismus und Unterdrückung geprägt worden und herangewachsen. Dank meiner Eltern wurde ich 1959 geboren. Erlebt habe ich bilanziert: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, wirtschaftlichen Aufschwung, einen Sozialstaat, gedeihliche europäische Zusammenarbeit, die deutsche, die europäische Einigung und ununterbrochen inneren und äußeren Frieden. Das hat es - am 8. Mai dieses Jahres - 80 Jahre lang nie zuvor auf deutschem Boden gegeben.

Jene, die in meinem Geburtsjahr 1959 so alt waren wie ich heute, nämlich 65, die wurden 1894 geboren. Sie mussten mit 20 Jahren in den Ersten Weltkrieg, erlebten die Weltwirtschaftskrise, den Untergang der Weimarer Republik, dem überhaupt ersten gelungenen Demokratieversuch in Deutschland, die Machtergreifung Hitlers, die Gleichschaltung durch die Nazis, die Verfemung von Musik, die Verfolgung vermeintlich „entarteter“ Kunst, Pogrome gegen Juden und Minderheiten, dann Zivilisationsbruch, den Holocaust. Mit 45 Jahren begann für sie der Zweite Weltkrieg. Im Alter von 51 standen sie auf den Trümmern einer menschenverachtenden, rassistischen Ideologie: Moralisch, ökonomisch sowieso, am Ende. Die Meisten schwiegen und kämpften ums Überleben, Manche fragten, warum so viele mitgemacht hatten, wozu Menschen fähig gewesen waren. Jahre des Wiederaufbaues standen bevor.

Wer überhaupt überlebt hatte, hatte bis 1959 nur wenige gute Jahre gehabt. Für unsere Landsleute in der ehemaligen DDR schloss sich der Eiserne Vorhang mit dem Mauerbau 1961 ganz. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat blieben ihnen versagt.

Das sind zwei Leben, zufällig davon abhängig, wann jemand geboren wurde, ob 1895 oder 1959. Das Leben unserer Eltern und Großeltern und das Leben meiner Generation. Diese Leben können unterschiedlicher nicht sein. Ich möchte, dass unsere Kinder und alle nachkommen Generationen ein Leben haben werden, wie wir es hatten und nicht wieder die Erfahrungen machen müssen, wie sie unsere Eltern und Großeltern durchleben mussten.

Die Dämonen des 20. Jahrhunderts erleben tragischerweise einen neuen Aufschwung. Rechtsextremismus,

Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit. Alles Extreme aber zerstört unser Zusammenleben, es zerstört Europa. Die von den Extremen in Bann Genommenen wollen nicht wahrhaben, ja sie ahnen nicht einmal, wie schädlich die Folgen der Ablehnung und die Anfeindungen gegen die Demokratie für ihre eigene Existenz wären. Wer Unfreiheit und Unterdrückung erlebt hat, schätzt die Freiheit, unsere freiheitliche und rechtsstaatliche demokratische Verfassung über alles. Wer nur die Freiheit kennt, ist in Gefahr, sie leichtfertig zu verspielen.

Zugleich erleben wir ein historisch unterschiedlich gewachsenes Verständnis von Demokratie in unserem Land. In ostdeutschen Bundesländern ist das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen tendenziell skeptischer. Stattdessen ist dafür die Idee der direkten Demokratie mit Demonstrationen und Protesten stärker ausgeprägt – das historisch sogar nachvollziehbar.

Mit Blick auf die Debatten um das Verhältnis von ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern sehen wir uns regelmäßig mit Vorwürfen, Unsicherheiten und Stereotypen konfrontiert. Die einen wie die anderen fühlen sich nicht verstanden. Wir müssen uns bewusst machen, dass auch in der Einheit Differenzen bestehen können. Wenn Unterschiede akzeptiert werden, können wir gemeinsam neue Lösungen suchen.

Zum Teil besteht Angst um Heimatverlust – in allen Teilen unseres Landes – eine Verunsicherung durch Veränderungen, Angst vor dem Verlust des Bekannten und Liebgewonnenen. Der Wunsch nach Sicherheit und einer klaren eigenen Identität ist nachvollziehbar. Aber die Antwort darauf liegt nicht im Rückschritt in althergebrachte Lebensmuster, in der Suche nach Schuldzuweisungen an vermeintlich Fremde oder in der Abkapselung und Anfeindung. Die Lösungen bestehen niemals aus Gewalt, Hass oder Ausgrenzung. Das macht die Probleme nur größer. Das Gute darf vom Bösen nicht zertrampelt werden.

Freya von Moltke aus der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises sagte kurz vor ihrem Tod 2004 zum Untergang der Weimarer Republik 1933: „Was die Deutschen verloren hatten, war das Gefühl dafür, dass sie für ihre eigene Gesellschaft verantwortlich sind“. Demokratie verlangt uns etwas ab, sie braucht unseren Einsatz, altersübergreifend. Wir können Demokratie nicht einfach nur konsumieren, wir müssen sie aktiv gestalten, wenn wir sie erhalten wollen. Wenn wir uns aus der res publica zurückziehen und indifferent gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen werden, so überlassen wir den Gegnern der Demokratie, den Feinden eines friedlichen Miteinanders, das Feld.

Unser Bemühen muss darin fruchten, einander Aufmerksamkeit zu schenken - eine Aufmerksamkeit, die den Hass besiegt. Als Gesellschaft, die in Frieden und Freiheit leben möchte, kommen wir nur voran, wenn wir keinen abwärtsgerichteten sozialen Vergleich verfolgen, sondern wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen, die Unterschiede anerkennen und respektieren. Vor allem müssen wir lernen mit den Unterschieden bestmöglich umzugehen. Es ist nämlich diese Heterogenität, die uns erfolgreich macht, und nicht die Gleichheit. Wir können uns

die Unterschiede zu eigen machen und davon profitieren, für die Gesamtheit, anstatt die Unterschiede andauernd zu betonen und sie als Hürde für ein gelungenes Miteinander vor uns her zu schieben. Voraussetzung ist allerdings selbstverständlich, dass sich alle an die gemeinsamen Regeln halten und diese auch durchgesetzt werden.

Demokratien setzen Vertrauen in die Menschen. Diktaturen sind Gegner des einzelnen Menschen. Menschen sind für Autokraten und Extremisten nichts wert.

Dem Auseinanderdriften kann man mit Begegnungen entgegenwirken. "Die Menschlichkeit besteht im Verständnis der Verbindung aller Menschen", sagte Albert Schweitzer. Darin liegt die Essenz unserer Existenz. Die Vorstellungen eines guten Lebens, die Wünsche nach Sicherheit, Frieden, Wohlstand, Zufriedenheit sind nahezu allen gemein. Wenn wir uns mehr auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren, statt auf das Trennende, gelänge uns mehr Zusammenhalt und es entstünde ein Gefühl der Verbundenheit.

Wir Menschen sind trotz all unserer äußeren Unterschiede, trotz unserer unterschiedlichen Herkunft und Lebensgeschichten, trotz unserer Vorlieben und Präferenzen im Wesenskern gleich. Dieses Menschsein macht uns aus.

Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden, überall – unabhängig von der Herkunft, dem Aussehen oder der Religion. Diesen Grundpfeiler hat unser Grundgesetz, dessen 75. Geburtstag wir letztes Jahr gefeiert haben aus den Lehren der Geschichte festgehalten und an erster Stelle mit der unantastbaren Würde des Menschen gestellt.

Für das neue Jahr 2025 wünsche ich uns allen, dass wir einander ein Ohr schenken. Ich wünsche uns, dass wir uns in Großzügigkeit und Toleranz üben. Ein großes Herz zu haben, bedeutet auch, öfter wieder zuzuhören, statt zu denken „Jetzt habe ich es dem aber mal gesagt“, der Gegenüber hat sicher auch etwas zu sagen. In jedem neuen Jahr steckt die Hoffnung auf einen Neuanfang – ich wünsche uns allen mehr Zugewandtheit, Freude daran, unser Miteinander gestalten zu wollen und einander die Hand zu reichen.

Kurt Tucholsky hat gesagt, Erfahrungen vererben sich nicht, die muss jeder selber machen. Wir Erfahrenen wollen nicht, dass von den Jüngeren erneut erst Erfahrungen mit Nationalismus, Überheblichkeit und Rassismus gemacht werden, um erst danach zur Vernunft und friedlichem Zusammenleben zu kommen. Lasst uns unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen uns als gleichberechtigtes Glied im vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.



Foto: Presseabteilung
Deutscher Bundestag

Dr. Norbert Röttgen MdB

Die vorgezogene Bundestagswahl bietet die Chance für einen politischen Neustart. Wir brauchen schnellstmöglich wieder eine handlungsfähige Regierungskoalition und eine Bundesregierung, die dafür sorgt, dass Deutschland die starke Rolle in der EU wahrnimmt, die unsere Partner von

uns erwarten. Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Viele Menschen in unserem Land spüren Unsicherheit und Unzufriedenheit wie selten zuvor. Politische Instabilität, teure und unausgereifte Entscheidungen sowie fehlgeleitete Prioritäten haben das Vertrauen in die Regierung erschüttert – gerade in einer Zeit, in der die Weltlage von Kriegen und Krisen geprägt und so unsicher ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Aber wir sind der Entwicklung nicht hilflos ausgeliefert. Die außenpolitischen Kriege und Konflikte unserer Zeit bringen Deutschland in eine Rolle und in eine Verantwortung, die für uns neu sind. Was aus Deutschland und Europa in der besonderen historischen Lage wird, in der wir durch Putins Krieg in Europa, Chinas globalen Machtanspruch, den Krieg im Nahen Osten und die bevorstehende zweite Amtszeit von Präsident Trump herausgefordert sind, hängt ganz entscheidend davon ab, wie wir Deutsche unser Selbstverständnis und wie wir unsere strategische Rolle in dieser Situation definieren. Deutschland kann keine der internationalen Herausforderungen allein lösen. Aber unsere Aufgabe besteht darin, dass wir als das bevölkerungsreichste, wirtschaftlich stärkste Land in der geographischen Mitte Europas gemeinsames europäisches Handeln initiieren und mittragen, das zum Ziel hat, den Krieg wieder aus Europa zu verbannen, eine europäische Sicherheitsordnung zu begründen, die über die bisherigen Staaten der EU und der NATO hinausgehen muss, sowie an der Vision einer europäischen Friedensordnung festzuhalten, die nur dann Wirklichkeit wird, wenn ein post-imperialistisches Russland ein Teil von ihr geworden ist. Diese moralisch-historische Aufgabe anzunehmen, ist mehr als Politik und geht erst recht weit hinaus über technische Einzelaspekte militärischer oder finanzieller Natur. Es geht um die Bestimmung unserer Identität, die wir als solche nicht an Regierungen delegieren können, sondern die wir als Gesellschaft, als Nation demokratisch entscheiden müssen. Wer und was wollen wir sein als Akteure unserer Zeit, in der es um alles geht? Sind wir bereit, unsere Interessen selbst zu vertreten? Nach der erneuten Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika werden wir uns in Zukunft weniger als bisher darauf verlassen können, dass die Amerikaner unsere Sicherheit gewährleisten. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob wir Europäer den Willen und die Bereitschaft haben, für unsere eigene Sicherheit, für die Zukunft, den Wohlstand und den Frieden in Europa selbst einzustehen. Dieser Frage müssen wir uns jetzt stellen. Und wir sollten sie klar beantworten - weil ohne Sicherheit, Frieden und Freiheit alles nichts ist.

Dass Donald Trump mit einem so klaren Ergebnis wieder gewählt werden würde, war nicht vorhersehbar. Aber klar war, dass die Möglichkeit einer Wiederwahl bestand. Wir hätten uns darauf vorbereiten können. Leider ist dies nicht oder zumindest bei weitem nicht ausreichend geschehen.

Die Kraftlosigkeit und der fehlende Gestaltungswille der Ampel-Koalition hatten auch in der Außenpolitik fatale Auswirkungen. Zudem haben der Bundeskanzler und die Bundesregierung schwere außen- und sicherheitspolitische Fehler zu verantworten.

Aber nicht nur das. Es fehlte zudem deutlich an Kommunikation. Die ehrliche Analyse der Lage und das Gespräch mit den Menschen sind die notwendigen Elemente von politischer Führung, die Vertrauen begründen können – Vertrauen in die politisch Verantwortlichen, aber auch Vertrauen in uns selbst. Nur wenn wir als Deutsche, als Nation das Vertrauen in uns selbst haben, dass wir die großen Aufgaben, die vor uns liegen, bewältigen können, und dass es sich lohnt, sich dieser Aufgabe zu stellen, werden wir erfolgreich sein.

Stattdessen hat der Bundeskanzler mit seiner Zögerlichkeit in der Unterstützung der Ukraine Ängste geschürt und Unsicherheit in der Bevölkerung verstärkt.

Bei den anstehenden Bundestagswahlen haben wir die Chance, eine neue Richtung einzuschlagen – in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in allen anderen Politikbereichen.

Ob der notwendige politische Neuanfang in Deutschland gelingt, hängt wie nie zuvor davon ab, wie stark CDU und CSU sind. Deshalb kommt es wirklich auf jede einzelne Stimme an.

Es geht bei dieser Bundestagswahl aber auch darum, die Parteien, die unser Land spalten wollen und unsere Demokratie in Frage stellen, in ihre Schranken zu verweisen.

Mit vereinten Kräften können wir unser Land wieder auf Kurs bringen. Davon bin ich fest überzeugt. Lassen Sie uns gemeinsam unseren Teil dazu beitragen.

Ich wünsche uns allen ein friedvolles und glückliches Jahr 2025.



Foto: Presseabteilung
Rhein-Sieg-Kreis

Sebastian Schuster, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises

Mit über 610.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist der Rhein-Sieg-Kreis die zehntbevölkerungsreichste Kommune in Deutschland. Der Verantwortung für all diese Menschen, für alle Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises, gerecht zu werden ist eine große Herausforderung, nicht nur für den

Landrat, sondern für die gesamte Kreisverwaltung und die Kreispolitik.

In den letzten zehn Jahren, seit meiner ersten Wahl zum Landrat des Rhein-Sieg-Kreises im Jahr 2014, habe ich diese Herausforderung gerne angenommen.

Gerne möchte ich Ihnen darstellen, welche positive Entwicklung unser Kreis in den vergangenen Jahren gemacht hat und mit welchen Maßnahmen der Rhein-Sieg-Kreis auch weiterhin zukunftsfähig und stabil gestaltet werden kann.

Die letzten zehn Jahre waren von multiplen Krisen geprägt. Die Flüchtlingskrise 2015, die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe 2021, welche auch in Teilen des Kreisgebiets erhebliche Schäden verursacht hat, die Energiemangellage und der Krieg in der Ukraine haben uns alle gefordert und fordern uns zum Teil nach wie vor. Gleichwohl hat die Kreisverwaltung unter meiner Führung ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und gemeinsam mit der Kreispolitik konnten wichtige Weichen gestellt werden.

Zukunft verantwortungsvoll gestalten

Aufgrund der Vielzahl an Themen sind hier nur einige zentrale Themenbereiche zu nennen. Wichtig war mir als Landrat immer, die **Zukunft des Rhein-Sieg-Kreises nachhaltig zu gestalten**. Mit der Gründung der Energieagentur und dem Maßnahmenprogramm 2025 des Rhein-Sieg-Kreises für den Klimaschutz hat die Kreisverwaltung gemeinsam mit der Koalition aus CDU und Grünen wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Die Energieagentur hilft Bürgerinnen und Bürgern dabei, innovative Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Die schwere Flutkatastrophe von 2021 hat uns allen erneut deutlich gezeigt, wie wichtig der **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**. Mit der Einrichtung der Stabsstelle für Wiederaufbau und der aufsuchenden Hilfe hat der Rhein-Sieg-Kreis erfolgreich viele Betroffene der Flut unterstützt und bis Ende Oktober 2024 über 8000 Beratungsgespräche geführt. Prävention, Katastrophenhilfe und Nachsorge gehen hier Hand in Hand.

Auch in den nächsten Jahren müssen und werden daher der Klima- und Bevölkerungsschutz weiterhin im Fokus stehen. Die Verabschiedung des Rettungsdienstbedarfsplans, war auch aus diesem Grund ein bedeutender Erfolg. Mit der Planung mehrerer neuer kreiseigener Rettungswachen und dem Ausbau der Notarztstandorte kommt der Rhein-Sieg-Kreis darüber hinaus seiner Verantwortung für eine bedarfsgerechte Versorgung seiner Bevölkerung nach.

Mit dem **Breitbandausbau** wurde eine wichtige Grundlage für die **wirtschaftliche Entwicklung** der Region geschaffen. Derzeit sind bereits 95 % der Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Der flächendeckende Glasfaserausbau ist im Gange, um alle Bürgerinnen und Bürger langfristig an die digitale Zukunft anzubinden. Der Rhein-Sieg-Kreis ist zudem bei Wirtschaftsunternehmen vor allem durch seine Standortqualität bekannt. Diese erwarten zu recht einen guten Zugang zu schnellem Internet. Die **Standortqualität des Kreises** zeichnet sich insbesondere durch die unmittelbare Nachbarschaft zur

Bundesstadt Bonn und zur Metropolregion Köln, die guten Verkehrsanbindungen, die überdurchschnittliche Ausstattung mit Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen aus, sowie ein hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotential und das breite Angebot an attraktiven und preisgünstigen Gewergrundstücken.

Stabilität sichern

Die Haushaltslage des Kreises und der Kommunen wird immer schwieriger, und es erfordert vorausschauende Planung, um auch in Zukunft eine stabile finanzielle Basis zu gewährleisten. Dank der umsichtigen Finanzpolitik der Koalition auf Kreisebene konnte die Kreisumlage in den vergangenen Jahren stets auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau gehalten werden. Auch die kommenden Jahre erfordern eine vorausschauende Planung, um finanzielle Stabilität zu gewährleisten und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern.

Trotz dieser Ausgangslage bin ich froh, dass wir im Rhein-Sieg-Kreis in den letzten Jahren einen **starken Ausbau des ÖPNV und SPNV** im Rhein-Sieg-Kreis erlebt haben, zuletzt durch Beschluss einer 5-Jahres-Strategie und einer erheblichen Angebotserweiterung im Busnetz. Ziel ist auch zukünftig ein qualitativ und quantitativ hochwertiges ÖPNV- und SPNV-Angebot.

Besonders wichtig ist mir die **medizinische Versorgung** in unserer Region. Ich habe mich in den letzten Jahren und auch im Verfahren der laufenden Krankenhausbedarfsplanung wiederholt und intensiv für unsere Krankenhausstandorte eingesetzt. Auch die Situation der hausärztlichen Versorgung habe ich im Blick und stand und stehe in Kontakt mit allen relevanten Akteuren. Für all diese Themen setzt sich die von mir eingerichtete Stabsstelle Koordinierung der medizinischen Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis besonders ein.

Der Rhein-Sieg-Kreis bleibt auch künftig ein verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger. Mit klarem Fokus auf **Zukunftsfähigkeit und Stabilität** werde ich weiterhin aktiv daran arbeiten, die Region erfolgreich durch Krisen zu führen und nachhaltig zu gestalten.



Positionspapier der Senioren-Union Rhein-Sieg zur Kommunalwahl 2025

Die Senioren-Union sieht Ihre Aufgabe darin, bundesweit in Landes- und Kreisverbänden Positionen und Forderungen zu seniorenspezifischen Themen zu entwickeln. Wesentliche Punkte will die Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises für den Kommunalwahlkampf 2025 hiermit gegenüber Verantwortlichen in Kreis und Kommunen und als Unterstützung der Wahlkämpfer formulieren. Die Gruppe der über 60-Jährigen ist durch den hohen Anteil an der Wählerschaft ein entscheidender Faktor in der politischen Landschaft. Durch den demografischen

Wandel wächst ihr Bevölkerungsanteil kontinuierlich und bestimmt durch hohe Wahlbeteiligung maßgeblich den Ausgang von Wahlen auf jeder Ebene. 70 % der über 70-jährigen und 80% der 60-69-jährigen haben bei den Bundestagswahlen 2021 ihre Stimme abgegeben.

Ob wir als Bevölkerungsgruppe, um mit Artikel 1 unseres Grundgesetzes zu sprechen, in unantastbarer Würde älter werden, ob wir selbstständig unser Leben gestalten können, hängt entscheidend davon ab, wie sich unsere Gesellschaft auf die Herausforderungen eines wachsenden Anteils Älterer einstellt. Dabei sind Interessen und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren durchaus unterschiedlich. Lebensalter, in Partnerschaft oder alleinstehend, im Familienverbund oder nicht, gesund oder pflegebedürftig, Eigenheimbesitzer oder Mieter entscheiden über die Reihenfolge der Prioritäten.

Fakt ist, dass die große Gruppe der über 60-Jährigen wegen ihres Interesses an Stabilität und Sicherheit bisher dazu tendierte, konservativere Parteien zu wählen. Die CDU muss daher sicherstellen, dass spezifische Interessen dieser Wählergruppe in Wahlkampfprogrammen auch in Zukunft berücksichtigt werden. Die nachfolgenden Punkte zeigen wesentliche Aspekte auf, die ältere Menschen in Ihrer Wahlentscheidung beeinflussen.

Gesundheitsversorgung und Pflege

Es sind Anreize in Kreis und Kommunen zu schaffen, um mehr Hausärzte und Fachärzte in unterversorgte Gebiete zu bringen, etwa durch finanzielle Unterstützungen, die Bereitstellung von Praxen oder die Schaffung attraktiver Lebensbedingungen für medizinisches Personal. Kommunen sollten die ambulante Pflege stärker fördern, um pflegebedürftigen Menschen das Leben zu Hause zu ermöglichen. Pflegenden Angehörige sollten besser unterstützt werden. Der Ausbau von Telemedizin oder die Einführung eines "Bürgerkoffers" kann die Erreichbarkeit von Gesundheitsdienstleistungen wesentlich verbessern.

Wohnraum und barrierefreies Wohnen

Der demografische Wandel stellt die Bevölkerungspyramide auf den Kopf. Es wird mehr und altersgerechter Wohnraum benötigt. Barrierefreiheit hilft vielen in ihrer Mobilität eingeschränkten Senioren, möglichst lange eigenständig ihren Lebensabend zu verbringen. Die Nähe der notwendigen Infrastruktur hilft dabei. Beratung bei eventuell möglicher Förderung für altersbedingte Umbaumaßnahmen ist essentiell.

Mobilität und öffentlicher Nahverkehr

Mobilität beeinflusst Lebensqualität, soziale Teilhabe und Selbstständigkeit maßgeblich. Der öffentliche Nahverkehr ist für ältere Menschen ein Schlüssel zur Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit und Lebensqualität. Barrierefreiheit, Sicherheit und Erschwinglichkeit sind dabei entscheidende Faktoren, um diesen Personenkreis bestmöglich zu unterstützen. Trotz körperlicher Einschränkungen müssen tägliche Routinen, Arztbesuche und soziale Kontakte aufrechterhalten werden können. Ansonsten drohen soziale Isolation und Einsamkeit, die häufig mit psychischen und physischen Gesundheitsproblemen einhergehen. Viele ältere Menschen leben von begrenzten finanziellen Mitteln, daher spielt der Preis für

öffentliche Verkehrsmittel eine wichtige Rolle. Insbesondere ist die Erarbeitung regionaler Mobilitätskonzepte notwendig.

Sicherheit

Sicherheit gehört zu den existenziellen menschlichen Grundbedürfnissen. Ältere Mitmenschen unterscheiden sich vom Durchschnitt der Bevölkerung insofern, als es ihnen immer weniger möglich ist, sich vor potenziellen und tatsächlichen Risiken selbst zu schützen. Deshalb bedürfen sie zum einen der mitmenschlichen Solidarität, zum anderen aber auch des Schutzes durch entsprechende Maßnahmen seitens der politischen Entscheidungsträger. Gemeint ist Schutz vor krimineller Bedrohung, vor Schäden an Leib und Leben, vor gesundheitlichen Gefahren oder auch vor Unfallrisiken im lokalen Alltag.

Soziale Teilhabe und Freizeitangebote gegen Einsamkeit

Auch wenn die Lebenserwartung weiter steigt und ältere Menschen länger gesund, fit und aktiv bleiben, verlangt das Alter irgendwann seinen Zoll. Wenn das häusliche Umfeld einsamer wird und die Mobilität abnimmt, dann sollte es in jeder Kommune, in jedem Stadtteil leicht erreichbare Begegnungsorte geben. Sich mit anderen zu treffen und im Gespräch zu bleiben, beugt der Einsamkeit vor. Gesellschaftliche Teilhabe sollte auch im fortgeschrittenen Alter möglich sein. In den meisten Kommunen gibt es Angebote für Senioren. Ein Senioren-Kalender sollte alle Angebote bündeln und überall verfügbar sein. Ehrenamtliches Engagement ist zu fördern.

Kommunale Dienstleistungen

Ältere Menschen müssen am Leben der Kommune teilnehmen können, um nicht zu vereinsamen. Daher müssen Angebote wie Kurse, Vorträge und Hilfen für die Nutzung der kommunalen Einrichtungen geschaffen, oder falls vorhanden, in geeigneter Weise bekannt gemacht werden.

Digitale Inklusion und Bildung

Digitale Inklusion und Bildung von Senioren ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer zunehmend digitalisierten Welt. Ohne Unterstützung besteht für ältere Menschen die Gefahr, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Die Digitalisierung der Verwaltung muss dafür Sorge tragen, die Anforderungen älterer Menschen mit einzubeziehen. Dies umfasst größere Schriftgrößen, klarere Menüs und vereinfachte Benutzeroberflächen. Analoge Dienstleistungen von Banken, Versicherungen und Behörden dürfen nicht aus Kostengründen zum Nachteil älterer Menschen weiter eingeschränkt werden. Mit dem Wissen um die Nutzung digitaler Technologien können Menschen länger selbstständig leben und ihre täglichen Aufgaben einfacher bewältigen. Lebenslanges Lernen muss auch für ältere Menschen möglich sein. Informationen über und leichte Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen müssen gewährleistet werden.



Foto: privat

Michael Mertes,
Staatssekretär a. D.

Muslimische Judenfeindschaft, europäischer Antisemitismus und der israelisch-palästinensische Konflikt

Auszug aus einem Vortrag vor der Senioren-Union Wachtberg

Schon vor einigen Jahren hat der amerikanische Politikwissenschaftler Michael Mandelbaum in seinem Buch „Aufstieg und Niedergang des Friedens auf Erden“ (*The Rise and Fall of Peace on Earth*, Oxford 2019) die These vertreten, dass seit der Jahrtausendwende drei Mächte mit zunehmender Aggressivität daran arbeiten, den weltpolitischen Status quo – das heißt die globale Dominanz des Westens auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und militärischen Gebiet – zu überwinden. Bei diesen Drei handelt es sich um China, Russland und den Iran. Ihnen zur Seite stehen Länder wie Nordkorea und Venezuela.

Israel gehört zum Westen: als engster Verbündeter der USA in der Region, als assoziierter Partner der Europäischen Union und als einzige (wenn auch nicht immer lupenreine) Demokratie in einem Ozean von Autokratien und Diktaturen. Israels Zugehörigkeit zum Westen ist ein wesentlicher Grund dafür, dass es dem Mullah-Regime ein Dorn im Auge ist und neuerdings auch von Russland angefeindet wird. In letzter Zeit haben sich zudem die Beziehungen zwischen Israel und China eingetrübt.

Bis zum 7. Oktober 2023 gab Israel sich der Illusion hin, dass es zu Russland eine Art Sonderverhältnis pflegen könne. Zwischen beiden Ländern bestand keine enge Freundschaft, aber doch eine pragmatische Interessengemeinschaft. Russland hielt den Iran und seine Schattenarmeen im Norden auf Abstand zu Israel; dafür gewann es an Renommee als Sicherheitsgarant in einer Region, aus der sich die USA seit der Präsidentschaft von Barack Obama immer weiter zurückgezogen hatten.

Seit einem Jahr hat es auch hier eine Zeitenwende gegeben. Russland hat sich eindeutig gegen Israel positioniert. Es dient sich dem sogenannten Globalen Süden als Verbündeter im Kampf gegen den westlichen Kolonialismus an, und es stimmt in den Chor derjenigen ein, die Israel als Speerspitze dieses Kolonialismus dämonisieren. Dass ausgerechnet Russland sich als Vorkämpfer der Befreiung anderer Länder vom kolonialen Joch präsentiert, ist natürlich ein übler Witz.

Für die Ukraine ist es eine schlechte Nachricht, dass die Kämpfe im Gazastreifen – und jetzt auch im Libanon – Ressourcen und Aufmerksamkeit binden, die sie selbst für die Abwehr der russischen Aggression dringend benötigt. So gesehen, kann Putin kein ernsthaftes Interesse daran haben, dass der Nahe Osten zur Ruhe kommt. Allerdings kann ihm auch nicht daran gelegen sein, dass das Mullah-Regime, das der russischen Armee inzwischen ballistische Raketen für den Krieg gegen die Ukraine liefert, durch einen offenen Krieg mit Israel und

möglicherweise auch den USA massiv geschwächt wird und ins Wanken gerät.

Wie auch immer, das iranische Mullah-Regime mit seinen regionalen Hegemoniebestrebungen ist weiterhin Hauptstörfaktor in dem Großraum, der vom Irak, von Syrien und vom Libanon im Norden bis zum Jemen im Süden der Arabischen Halbinsel reicht. Ich sage bewusst „Mullah-Regime“ und nicht „Iran“, weil es deutliche Anzeichen dafür gibt, dass die iranische Theokratie in der iranischen Bevölkerung immer weiter an Zustimmung verliert.

Der Iran steht an der Spitze einer so genannten „Achse des Widerstandes“ aus nichtstaatlichen Milizen und regulären Armeen. Zu dieser Allianz gehören: palästinensische Terrororganisationen, namentlich die Hamas, und die Hisbollah im Libanon; schiitische Milizen im Irak und in Syrien, die Huthi im Jemen und die Al-Ashtar-Brigaden in Bahrain; nicht zu vergessen: das Assad-Regime

Da der Iran nicht – noch nicht – über nukleare Abschreckungskapazitäten verfügt, dienen ihm bislang die schätzungsweise 130 000 Raketen der Hisbollah als vorgelagertes, relativ preiswertes konventionelles Abschreckungspotenzial. Israel hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Potenzial entscheidend zu schwächen oder zu zerstören, und es scheint auf diesem Wege schon weit fortgeschritten zu sein.

Es stellt sich die Frage, wie es im Nahen Osten weitergehen soll, wenn die gegenwärtigen Kämpfe eines Tages vorbei sein werden. Die Chancen für eine nachhaltige Beilegung der Konflikte im Nahen Osten stehen meines Erachtens besser, als es den Anschein hat. Die wichtigsten sunnitischen Staaten haben ihre Beziehungen zu Israel normalisiert oder sind bereit, diesen Schritt zu gehen. Gemeinsam mit Amerikanern und Europäern verfügen sie über genügend diplomatisches und wirtschaftliches Potenzial, um Israelis und Palästinenser wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

I. Antisemitismus als globales Phänomen

Fast täglich hören wir von neuen Studien und Statistiken über eine dramatische Zunahme antisemitischer Einstellungen, Vorfälle und Straftaten seit dem 7. Oktober vergangenen Jahres. Die kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland erlebt einen Tsunami des Hasses, des Mobbing und der Gewalt – auf der Straße und an Universitäten. Antisemitismus ist eben nicht auf ein paar ungebildete Proleten beschränkt, er ist auch in so genannten besseren Kreisen anzutreffen, wenn auch oft in camouflierter Form.

Diese gefährliche Entwicklung geht nicht nur Juden etwas an, sondern auch alle anderen Bürger der Bundesrepublik, weil sie die Fundamente unseres Staates angreift und zu unterminieren droht. Hier passt das so oft zitierte Wort von der „Staatsräson“: Es geht nicht nur um unsere innere Sicherheit, sondern vor allem auch um die Selbstbehauptung unserer Demokratie.

Vor dem 7. Oktober 2023 konnte man sich schnell den Vorwurf der „Islamophobie“ einhandeln, wenn man auf die empirisch überprüfbare Tatsache hinwies, dass

Migranten aus muslimischen, vor allem arabischen Ländern besonders anfällig für antisemitische Einstellungen seien. Diese Tatsache kann heute nur noch leugnen, wer beide Augen fest zukneift.

Dennoch halte ich es im Interesse intellektueller Redlichkeit für richtig und wichtig, auf begriffliche Klarheit und belastbare empirische Daten zu dringen. Es ist ja keineswegs so, dass Judenfeindlichkeit nur unter Muslimen virulent ist. Außerdem wird das Wort „Antisemitismus“ mittlerweile so inflationär verwendet, dass es seine Trennschärfe zu verlieren droht.

II. Differenzierungen

Differenzierung nach politisch-weltanschaulichen Milieus: Man kann den Antisemitismus-Begriff nach politisch-weltanschaulichen Milieus differenzieren. Dann sprechen wir von „*rechtem*“, von „*linkem*“ und von „*islamischem Antisemitismus*“ – und auch vom „*Antisemitismus der Mitte*“. In Frankreich hat sich die Bezeichnung „*Islamogauchisme*“ für das judenfeindliche Bündnis zwischen militanten Muslimen und postkolonialer Linken eingebürgert.

Jedenfalls ist Wachsamkeit ist nicht nur in *einer* politisch-weltanschaulichen Richtung geboten. Sie muss rechtsextremistischer, islamischer und postkolonial-linker Judenfeindschaft gleichermaßen gelten. Das bedeutet ganz praktisch: Jede Form von Aufrechnung nach dem Motto „Schlägst Du meinen Antisemiten, schlag ich Deinen Antisemiten“ verbietet sich.

Gegen den Missbrauch des Antisemitismus-Vorwurfs für eigene politische Zwecke hilft nur, sich streng an die Fakten zu halten.

Die Versuchung ist groß, solche Wissenslücken durch Spekulation zu füllen, die der eigenen Voreingenommenheit und den eigenen politischen Neigungen entgegenkommt.

Differenzierung nach Kommunikationsformen: Die im September veröffentlichte Studie über Antisemitismus in NRW (<https://www.land.nrw/media/33477/download>) unterscheidet unter anderem zwischen verschiedenen Formen, in denen Antisemitismus kommuniziert wird. Sie spricht von „*offenem*“, „*camouffliertem*“ und „*toleriertem Antisemitismus*“.

Differenzierung nach dem Intensitätsgrad von Einstellungen/Motiven: Zu kurz kommt nach meiner Einschätzung die Frage nach dem Intensitätsgrad antisemitischer Einstellungen. Es liegt ein weites Feld zwischen antijüdischen Stereotypen einerseits und judenfeindlicher Gewalt andererseits. Jeder, der eine Synagoge in Brand steckt, ist ein Antisemit. Umgekehrt gilt aber nicht, dass jeder, der einen antisemitischen Witz erzählt, Synagogen in Brand steckt.

Wenn so genannte „Querdenker“ sich einen gelben Davidsstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ anheften, verhalten sie sich antisemitisch, weil sie dadurch die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der Juden relativieren und verharmlosen (*sekundärer Antisemitismus*). Aber das heißt noch lange nicht, dass sie einen Kippa-Träger verprügeln würden. Ich schlage deshalb

vor, zwischen den vier Intensitätsstufen „*antijüdische Stereotypen*“, „*diskriminierungsbereiter Antisemitismus*“, „*gewaltbereiter Antisemitismus*“ und „*mörderischer Antisemitismus*“ zu unterscheiden. (Der „mörderische Antisemitismus“ umfasst nach meinem Verständnis genozidale Formen der Judenfeindlichkeit.) Die Judenfeindlichkeit der Hamas ist – wie ein Blick in ihre Charta von 1988 zeigt – ein klarer Fall von mörderischem Antisemitismus. Das gilt auch für die Motive des rechtsextremistischen Attentäters von Halle 2019.

Wir wissen, dass antisemitische Einstellungen auch unter syrischen, libanesischen und irakischen Christen verbreitet sind. Dennoch ist mir kein Fall bekannt, in dem ein aramäischer, ein assyrischer oder ein maronitischer Christ versucht hätte, Juden zu massakrieren. Auch von Buddhisten habe ich dergleichen noch nie gehört.

Differenzierung nach dem Intensitätsgrad von Verhaltensformen: Aus dem gesagten folgt die Notwendigkeit, Kategorien für unterschiedliche Intensitätsgrade antisemitischen Verhaltens zu verwenden. In der empirischen Antisemitismusforschung wird differenziert zwischen *antisemitischen Einstellungen* (die sich nicht unbedingt in Gestalt von Handlungen manifestieren müssen), *antisemitischen Vorfällen* und *antisemitischen Straftaten*. Viele *Vorfälle* liegen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, tauchen also in keiner Kriminalstatistik auf.

Differenzierung zwischen Antisemitismus und Rassismus: Zuletzt noch eine Differenzierung, die viel stärker ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden müsste: die Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Rassismus. Der Rassist verachtet, der Antisemit hasst. Der Rassist schaut auf Menschen herab, die er als minderwertig betrachtet. Der Antisemit fürchtet die Juden, weil sie angeblich so gefährlich sind – so schlau, so reich, so mächtig. Im Kern ist der Antisemitismus eine Verschwörungserzählung. Sie handelt davon, dass die Juden wie Pech und Schwefel zusammenhalten, einen geheimen Staat im Staate bilden und danach streben, sich ganze Gesellschaften durch Zersetzung gefügig zu machen.

Wichtig ist diese Unterscheidung deshalb, weil es auf muslimischer und linker Seite die Tendenz gibt, so genannten „antimuslimischen Rassismus“ und Antisemitismus auf eine Stufe zu stellen, um dadurch – man verzeihe mir diese zynische Formulierung – Muslimen einen höheren Platz auf der Opferskala zuweisen zu können.

III. Der antisemitische Cocktail

Wenn wir von „Antisemitismus“ sprechen, so meinen wir eine toxische Mischung aus verschiedenen Elementen, die verschieden stark dosiert sein können. Um es in einem Bild auszudrücken: Antisemitismus ist wie ein System von Olympischen Ringen, die wenigstens indirekt miteinander zusammenhängen, einander überschneiden, aber unterschiedlich groß sein können. Die muslimische Judenfeindlichkeit ist ein spezifischer Cocktail aus fünf Komponenten:

1. dem traditionellen islamischen Antijudaismus
2. dem vormodernen europäischen Antisemitismus, zu dessen Quellen der christliche Antijudaismus gehört;

3. dem modernen Antisemitismus, der sich parallel zur jüdischen Emanzipation von Mitte des 18. Jahrhunderts an in Europa entwickelt und sich seit dem 19. Jahrhundert von dort aus in der arabischen Welt ausbreitet;
4. dem sekundären, holocaustbezogenen Antisemitismus,
5. dem israelbezogenen Antisemitismus

Man könnte darüber diskutieren, wie stark die Kontinuitätslinien vom vormodernen zum modernen Antisemitismus sind. Das ändert meines Erachtens aber nichts daran, dass beide Komplexe sich hinreichend deutlich voneinander unterscheiden lassen.

Die muslimische Judenfeindschaft hat historische Wurzeln, die bis ins 7. Jahrhundert n. Chr. zurückreichen und im Koran ihre Spuren hinterlassen haben. Während jedoch der christliche Antijudaismus Juden eher als gefährliche Repräsentanten einer feindlichen Macht betrachtet, sieht der islamische Antijudaismus sie eher als Verlierertypen, als verachtenswerte Underdogs.

Die Dämonisierung der Juden in der arabisch-muslimischen Welt ist ein moderner Import aus Europa. Seit der sogenannten Damaskusaffäre 1840 ist die vormoderne, aus dem Mittelalter stammende Ritualmordverleumdung fester Bestandteil arabischer Mythen über den angeblich kriminellen Charakter der Juden. So gilt es bei vielen Arabern heute als gesicherte historische Tatsache, dass Juden nichtjüdische Kinder ermorden, um deren Blut zur Herstellung von ungesäuertem Brot für das Pessach-Fest zu verwenden

Aus dem Reservoir des *modernen Antisemitismus* schöpft zum Beispiel Art. 22 der Hamas-Charta von 1988 (https://avalon.law.yale.edu/21st_century/hamas.asp). Er reproduziert die Erzählung von der „jüdischen Weltverschwörung“, die seit dem Zeitalter der Aufklärung angeblich alle traditionellen Ordnungen im Namen der Revolutionsideale „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ – zu zersetzen sucht. Er liest sich wie eine Kurzfassung der 1903 erstmals veröffentlichten „Protokolle der Weisen von Zion“, einer primitiven Fälschung, die in Teilen der islamischen Welt bis heute als authentisches Dokument gelten. Das Wort „Zion“ ermöglicht die wechselseitige Austauschbarkeit der Begriffe „Zionist“ und „Jude“.

Den „Feinden“ – also den Juden, den Zionisten – wird angedichtet, dass sie das Weltfinanzsystem, das internationale Mediensystem, zahlreiche Regierungen und ein globales Netzwerk freimaurerischer Eliten kontrollieren. Wir lesen, dass sie überall auf der Welt Unfrieden schüren, um Kriegsgewinne zu erzielen. Besonders erstaunlich ist die Behauptung, sie hätten sogar den Zweiten Weltkrieg und die Shoah ins Werk gesetzt.

Das ganze Spektrum von Holocaust-Leugnung, Holocaust-Revisionismus und Holocaust-Relativierung (*sekundärer Antisemitismus*) ist heute fester Bestandteil muslimischer Judenfeindschaft. Unvergessen ist die Aussage von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im Sommer 2022, Israel habe seit 1947 bis zum heutigen Tag „50 Holocausts“ an den Palästinensern begangen. Früher ließ sich die extreme Rechte in Deutschland und Europa mit

dem Vorwurf vernehmen, das Holocaust-Gedenken werde von Juden als moralisches Erpressungsmittel instrumentalisiert. Heute gehören solche Parolen auch zum Repertoire der postkolonialen Linken: „Free Palestine from German guilt!“

An dieser Stelle noch ein paar Worte zum *israelbezogenen Antisemitismus*. Dieser Begriff ist erklärungsbedürftig, weil er immer wieder die defensive Reaktion auslöst: „Es ist doch kein Antisemitismus, wenn man die Politik der israelischen Regierung kritisiert.“ Das ist es in der Tat nicht. Einiges hängt von der Sprecherposition ab. Aus palästinensischer Sicht ist der israelisch-palästinensische Antagonismus ein Nationalitätenkonflikt, ein Streit um die richtige Aufteilung der südlichen Levante zwischen zwei Völkern. Antisemitismus wird daraus erst, wenn – wie zum Beispiel die Hamas es in ihrer Charta tut –

- Juden, wie ich eingangs schon erwähnte, das Recht auf eigene Staatlichkeit und politische Selbstbestimmung abgesprochen wird;
- jüdenfeindliche Ressentiments und Vernichtungsphantasien auf den Staat Israel projiziert werden, in dem heute rund 44 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung leben.
- Antisemitisch ist es auch, Juden in der Diaspora für die Politik des Staates Israel anzufeinden. Wer Diaspora-Juden als verkappte Auslands-Israelis betrachtet, macht sich das uralte antisemitische Klischee vom Juden als dem ewig Fremden zu Eigen – dem von Gott oder der Geschichte Verstoßenen, der nirgendwo dazugehört. Wer in Deutschland gegen die Politik der israelischen Regierung friedlich demonstrieren möchte, kann vor die Botschaft des Staates Israel in Berlin ziehen. Vor den Synagogen in Erfurt, Mainz oder hat er nichts zu suchen.

IV. Schlussbemerkungen

Für die Debatte über Antisemitismus und seine Bekämpfung steht schon heute eine Fülle empirischer Daten zur Verfügung. Sie mögen lückenhaft sein, zeigen jedoch deutlich, dass muslimische Judenfeindlichkeit ein reales, nicht zu unterschätzendes Problem europäischer Einwanderungsgesellschaften darstellt. Es ist unverantwortlich, vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen. Und es ist eine Dummheit, diese Tatsache aus falscher Rücksichtnahme zu verschweigen, denn so wird nur das populistische Narrativ bedient, die herrschende Elite in Politik und Medien unterdrücke die Wahrheit.

Im vergangenen Jahr war viel von deutscher „Staatsräson“ die Rede – auch in Kontexten, zu denen dieser Begriff meiner Ansicht nach nicht passt. Ich ziehe es vor, von den Grundlagen unseres Selbstverständnisses als freiheitliche Demokratie zu sprechen. Dazu gehört an erster Stelle das Grundgesetz – unsere Verfassung, die dem Schutz der Menschenwürde oberste Priorität gibt. Dazu gehört aber auch die kollektive Erinnerung daran, wie furchtbar die Folgen einer systematischen Missachtung der Menschenwürde sein können.

Nach alledem gehört die Ablehnung und Bekämpfung jeder Form von Judenfeindlichkeit zum Kern des politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik

Deutschland. Das gilt nicht nur für diejenigen, die bereits Bürgerinnen und Bürger unseres Staates sind, sondern auch für diejenigen, die hier eingebürgert werden möchten. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht unseres Staates, vor jeder Einbürgerung genau hinzuschauen, ob der Kandidat oder die Kandidatin bereit ist, sich dieses Kernstück unseres politischen Selbstverständnisses zu eigen zu machen.

Aus den Ortsvereinigungen:



An einem schönen Spätsommernachmittag besuchte die Senioren-Union Alfter (Vorsitzende Frau Brigitte Schächter) die Alanus Hochschule in Alfter. In einem Hörsaal informierte

der bisherige Dekan, Herr Professor Dr. Hans-Joachim Pieper, die Gruppe mit einem Chart-Vortrag über die Geschichte und die Aufgaben sowie die Anliegen der Hochschule.

Die anthroposophisch ausgerichtete Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft wurde 1973 als freie Kunststudienstätte gegründet und hält die Tradition einer querschnittlichen Verbindung der künstlerischen Tätigkeiten aufrecht. Sie ist eine seit 2003 staatlich anerkannte private Kunsthochschule in Nordrhein-Westfalen. Träger der Hochschule ist die Alanus Hochschule gGmbH, deren alleinige Gesellschafterin die Emil-Molt-Stiftung ist. Benannt wurde die Hochschule nach dem mittelalterlichen französischen Scholastiker, Dichter und Zisterziensermönch Alanus ab Insulis. Dieser wurde um 1120 in Lille geboren und starb um 1202 in Cîteaux in Frankreich. Rudolf Steiner sah in Alanus ab Insulis den Höhepunkt der Schule von Chartres und damit einen frühen Wegbereiter der Anthroposophie.

Seit 2003 ist die Hochschule in den Bereichen Kunst und Wissenschaft in Lehre und Forschung tätig. Die Hochschule hat drei Standorte; davon zwei in Alfter (Campus I Johannahof und Campus II Villestraße) sowie in Mannheim. 2009 eröffnete der im Tiefland neu gebaute „Campus II“, der heute die Fachbereiche Architektur, Bildungswissenschaft, Kunsttherapie und Wirtschaft beherbergt. Derzeit studieren in Alfter etwa 1.600 Studierende und in Mannheim etwa 300 Studierende. Etwa 70 Professorinnen und Professoren sind für Forschung und Lehre sowie die praktischen Fächer zuständig.

Die Hochschule bietet in insgesamt sechs Fachbereichen und im Studienzentrum Mannheim aktuell 29 Studiengänge an. Davon sind 16 Bachelor- und 12 Masterstudiengänge sowie die Promotionsmöglichkeit im Fachbereich Bildungswissenschaften. Folgende Fachbereiche sind an der Alanus Hochschule vertreten:

- Fachbereich 1: Bildende Kunst;
- Fachbereich 2: Darstellende Kunst;
- Fachbereich 3: Architektur;
- Fachbereich 4: Künstlerische Therapien und Therapiewissenschaften;
- Fachbereich 5: Bildungswissenschaft;
- Fachbereich 6: Wirtschaft;

- Studienzentrum Mannheim.

Zum Abschluss wurden die Ateliers für Architektur und für bildende Künste gezeigt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Senioren-Union Alfter waren von dieser umfassenden Präsentation und der sehr informativen Führung beeindruckt und begeistert. (Text und Bilder: Dr. Klaus Trenkle, SenU Alfter)



Vize-Bürgermeister Thomas Wallau zu Gast bei der Hennefer Senioren-Union

„Wir laden ein, mit unseren uns direkt vertretenden Politikern zusammen zu sitzen, um von Ihnen zu erfahren, woran Sie arbeiten und um Ihnen zu sagen, was wir uns vorstellen“, sagt Lydia Merx, die Vorsitzende der Senioren-Union Hennef, im aktuellen Flyer für das Jahr 2024. So haben die Besuche von Bürgermeistern bei der „Senioren-Union“ eine lange Tradition in der 36jährigen Geschichte, die nach der Coronapause nun auch der Vizebürgermeister der Stadt Hennef, Thomas Wallau, fortsetzte. Mitglieder und Gäste waren am Dienstagmorgen in das Pfarrzentrum von Sankt Simon und Judas gekommen, um mit dem 1. Stellvertretenden Bürgermeister einen Gedankenaustausch zu führen. Dieses Amt führt er nebenberuflich seit 2004 aus, Ratsmitglied ist er seit 1994. Unter anderem als Vorsitzender der Bürgerstiftung Altenhilfe Stadt Hennef natürlich für die Senioren-Union ein gern gesehener Gesprächspartner. Nach einer kurzen Einführung durch Vorstandsmitglied Ulla Leidolf, die die Veranstaltung organisiert hatte, machte Thomas Wallau in rund zwei Stunden eine „Tour d’Horizon“ durch die Stadt Hennef und erläuterte die von der Senioren-Union angesprochenen Punkte. Dabei ging es, quasi tagesaktuell, um die aktuelle Haushaltslage und die entsprechenden Beratungen. Wallau berichtete über die Diskussionen, und alle Teilnehmenden waren sich einig, dass nur eine solide Haushaltspolitik auch eine gerechte Haushaltspolitik ist, insbesondere für die zukünftigen Generationen. Ein besonderer Schwerpunkt war der Bereich „Kinder, Jugendliche, Schule“, seit jeher ein großes Anliegen seiner Partei. Die Gäste zeigten sich überzeugt von den durchgeführten und geplanten Maßnahmen in und an den Hennefer Schulen und Kindertageseinrichtungen. Natürlich wurden auch kritische Fragen diskutiert, z. B. die Investition in ein neues Fahrradparkhaus, die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen, Fragen zur Verkehrsführung und Gestaltung der Innenstadt, insbesondere die Frankfurter Straße. Weitere Wünsche der Gäste: Mehr Sicherheit bei der Fußgängerunterführung am Bahnhof, mehr Mülleimer auf dem Marktplatz und den umliegenden Straßen. Thomas Wallau versprach, sich hierfür in seiner Fraktion einzusetzen. Der Nachmittag endete mit dem Versprechen des 1. stellvertretenden Bürgermeisters, erneut die Senioren-Union zu besuchen. Insbesondere die Frage des Angebots von, mit und für Senioren soll dann im Mittelpunkt stehen. Ulla Leybold dankte im Namen des

Vorstandes für die Informationen aus erster Hand und überreichte ein kleines Präsent.



Sicherheit im Internet

(VHo) Zum Thema „Sicherheit im Internet und Datenschutz“ hatte die Senioren-

Union Niederkassel ins Restaurant „Zur Alten Post“ in Rheidt ihre Mitglieder eingeladen. Im vollbesetzten Saal des Restaurants referierte bei Kaffee und Kuchen der Jurist und ehemalige IT-Sicherheitsberater im Deutschen Bundestag Dirk Fromm, Vorsitzender der Senioren-Union Bornheim eloquent und humorvoll über das aktuelle heikle Thema.

Er betonte, dass die Angriffe aus dem nicht kontrollierbaren internationalen Medium Internet heute hauptsächlich Unternehmen trafen, um sie ggf. zu horrenden Geldzahlungen zu erpressen. Die Gefahr für Privatpersonen sei zwar nicht so groß, aber nicht zu unterschätzen. Angegriffen werden können alle mit dem Internet verbundenen technischen Geräte wie Computer, Handy und auch beispielsweise Waschmaschinen oder Fernseher. Ziel hierbei ist in der Regel Daten abzugreifen und Gespräche abzuhören, um Produkte zu bewerben oder um die „Opfer“ um Geld zu prellen.

Mit gefälschten E-Mail-Adressen versuchen Betrüger, die Angeschriebenen z. B. zum Öffnen einer sog. Phishing-Mail oder falschen Internet-Adresse zu veranlassen. Hier sollte man immer auf die korrekte Schreibweise der absendenden Adresse achten: beispielsweise info@information statt info@information usw. Auch wird man oft aufgefordert, einen Link zum Öffnen einer Internet-Adresse anzuklicken, damit z. B. eine vorgetäuschte Fehlerbehebung erfolgen könne. Öffnet man diesen Link, werden Schadprogramme (z. B. Viren, Würmer, Trojaner usw.) auf den betreffenden Computer übertragen. Am besten ist es, Nachrichten von unbekanntem Absendern ungeöffnet sofort löschen! Sollte eine „Warn“-Meldung auf dem Bildschirm erscheinen, diese nicht bestätigen, sondern den Computer sofort herunterfahren.

Alle Nutzerinnen und Nutzer müssen für die Sicherheit ihres Datenverkehrs selbst sorgen. Das beginnt schon bei der Festlegung der Passwörter. Man kann durchaus aus privaten Situationen einen Satz bilden und daraus aus jedem Wort einen Buchstaben nehmen und zu einem Passwort zusammenfügen. Dies Passwort sollte mindestens 12 Stellen groß sein und aus einer Mischung von Großbuchstaben, Kleinbuchstaben, Ziffern und / oder Sonderzeichen bestehen. Sollten bei Anmeldung bei einem Anbieter bereits Passwörter voreingestellt sein, diese unbedingt durch ein eigenes oben beschriebenes Passwort ersetzen. Außerdem wird zur Erhöhung der Sicherheit empfohlen, biometrische Daten wie Gesichtserkennung gemeinsam mit Passwörtern zu verwenden. Noch besseren Schutz bietet eine zusätzliche Computer-Verschlüsselung. Für das eigene Smartphone gelten dieselben Ratschläge.

Wie erkennt man nun, ob die eigenen Identitätsdaten ausgespäht wurden? Über die Internet-Seite <https://sec.hpi.de/ilc/> kann dies festgestellt werden.



Senioren-Union Wachtberg diskutiert mit Land- wirten auf dem Windmühlenhof in Fritzdorf

Die Organisatoren und Landwirt Michael Kaspers als Gastgeber konnten sich über ein überzeugendes Interesse an der Veranstaltung freuen.

Die maximale Teilnehmerzahl von 30 Besuchern wurde nach Ankündigung des Termins bereits nach 2 Tagen erreicht.

Die Wachtberger Landwirte Michael Hüllen, Albert Schmitz und Karl-Heinz Häger waren dazugekommen, um zu helfen, die vielen Fragen der Besucher zu beantworten.

Die Landwirtschaft trägt in Deutschland etwas weniger als 1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Sie spielt aber eine bedeutende Rolle in ländlichen Regionen und schafft Arbeitsplätze. Sie trägt durch die Grundversorgung mit gesunden Lebensmitteln für die Bevölkerung erheblich zur Ernährungssicherheit bei. Importe z. B. aus Südamerika kommen unter deutlich schlechterer Umweltbilanz durch den weiten Flug und mit deutlich erhöhter Belastung durch deutlich stärkere Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln auf die Ladentheke. Hinzu haben uns die letzten Jahre mit dem Beispiel der Erdgasversorgung gelehrt, wie riskant eine Versorgungsabhängigkeit von globalen Quellen sein kann.

Michael Kaspers und seine Kollegen legten überzeugend dar, wie überbordende Bürokratie es den Landwirten auch in Wachtberg schwer macht, alle Anforderungen zu erfüllen. Kaspers erläuterte den minimalen Einsatz von Pflanzenschutz, zeigte die vielen in der Landwirtschaft benötigten Geräte und wies erneut auf die Notwendigkeit eines niedrigen Dieselpreises im Kontext des europäischen Wettbewerbs hin.

Zwei Stunden voll wichtiger Einblicke in die Situation der Landwirtschaft in Deutschland und vor Ort.



Anrecht auf Pflegeleistungen

Im vollbesetzten Saal des Restaurants „Zur Alten Post“ in Niederkassel-Rheidt

trafen sich 47 Mitglieder der Senioren-Union Niederkassel zum gemütlichen Beisammensein und dem Vortrags-Thema „Anrecht auf Pflegeleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB)“.

Der Leiter des Sozialamtes des Rhein-Sieg-Kreises, Andreas Grünhage, erläuterte die Bedeutung dieser Regelungen des Sozialgesetzbuchs, ihre Auswirkungen und Leistungen. Die Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises

mit ca. 600.000 Einwohnern ist zuständig für das Thema „Pflege“ für alle Gemeinden und Städte. Außerdem gibt es in jeder Gemeindeverwaltung Beschäftigte, die bei Beratungsbedarf zum Thema „Pflege“ angesprochen werden können. Es wird immer unterschieden zwischen ambulante oder stationäre Pflegebedarf.

Ca. 61,6 % der Pflegeleistung werden derzeit durch Angehörige erbracht. Hier gibt es das immer größer werdende Problem, dass viele Familienmitglieder beispielsweise wegen Studium, Beruf oder aus familiären Gründen weiter weg wohnen und die Pflegeleistung nicht oder nur unzureichend erbringen können. Sowohl im Bereich ambulante als auch stationäre Pflegeleistung besteht jedoch bundesweit ein erheblicher Mangel an Pflegekräften.

Der Vortragende appellierte an die Besucher, sich rechtzeitig bei der kommunalen Pflegeberatung im Rathaus für eine Beratung zu melden. Neben den amtlich Beratenden gibt es beispielsweise in Niederkassel auch die ehrenamtliche Senioren-Beratung.

Darüber hinaus gibt es im Kreis-Sozialamt das Case-Management für Bezieher von Sozialhilfe und ohne Pflegegrad bzw. bis Pflegegrad 1. Hier wird rechtzeitig mit dem persönlichen Umfeld ein Versorgungsplan erarbeitet. Wichtig sei in jedem Fall, sich frühzeitig zu einer Beratung anzumelden. Die verschiedenen Beratungsstellen unterstützen und vermitteln Hilfe auch bei der Antragstellung für Zuschüsse bei den fünf möglichen Pflegegraden mit ihren unterschiedlich hohen Beträgen unter Berücksichtigung von Eigenanteilen ab Pflegegrad 2. Berücksichtigt werden Einkommen wie beispielsweise Renten, Mieteinnahmen, Geschenke, Leistungen aus Kassen usw. Außerdem wird Vermögen wie ein Eigenheim etc. angerechnet. Die ersten Ansprechpartner sollten aber immer die Pflegeberatungen im Rathaus sein.

Nach den Erläuterungen erfolgte eine lebhaftige Frage- und Diskussionsrunde, bei welcher der Referent Herr Grünhage geduldig weitere Erläuterungen gab. Eine der für die Teilnehmenden wichtigsten Frage war beispielsweise, ob auch die Angehörigen, Kinder usw. zur Kostenübernahme herangezogen werden: Ja, leibliche Kinder sind ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 € zum sogenannten Elternunterhalt verpflichtet.

(Text und Bild: Volker Hofmann, Senioren-Union Niederkassel)



Migrations- und Flüchtlingspolitik Probleme und Perspektiven

Zu einem Vortrag über „Migrations- und Flüchtlingspolitik - Probleme und Perspektiven“ hatte die Senioren-Union Neunkirchen-Seelscheid/Much ihre Mitglieder sowie alle an diesem Thema Interessierten am 6. November in die Bowling Lounge eingeladen. Vor den knapp 30 Zuhörerinnen und Zuhörern sprach Frau Caroline Schmidt, Referentin für Flucht und Migration in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, über zahlreiche Erscheinungsformen von Migration und Flucht und die damit im Zusammenhang stehenden sehr

unterschiedlichen politischen Bewertungen, Lösungsansätze und ihre praktischen Umsetzungen, Erfolge, Schwierigkeiten und Misserfolge. Flucht bedeute, dass Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie aus politischen, ethnischen, religiösen Gründen etc. in ihrem eigenen Land nicht sicher sind. Unter Migration versteht man, dass Menschen geplant ihre Heimat verlassen, um woanders bessere Lebensbedingungen zu finden. Frau Schmidt erläuterte ihre Ausführungen mit Hilfe von zahlreichen Schaubildern und einem umfangreichen statistischen Material, aus denen deutlich wurde, dass Flucht und Migration sehr unterschiedliche Ursachen und Motive haben können – sowohl weltweit, in Europa, in Deutschland und nicht zuletzt auf der kommunalen Ebene, auf welcher die Hauptlast und Hauptarbeit der Integration von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt und in die ihnen meistens fremde Gesellschaft liegt. Hier einige Zahlen: Im Jahr 2023 wird für Deutschland eine Zahl von knapp 60.000 irregulären Migranten genannt, also Menschen, die über keine Aufenthaltserlaubnis oder keine Duldung verfügen bzw. sich ohne Kenntnis der Ausländerbehörden in Deutschland aufhalten. Die irreguläre Migration in die EU betrug 2015 etwa eine Million, im Jahr 2023 knapp 400.000; 2023 wurden EU-weit über eine Million Asylanträge gestellt, davon ca. 340.000 in Deutschland. Über 4 Millionen Menschen aus der Ukraine haben Schutz in einem EU-Staat erhalten, davon in Deutschland etwa 1.2 Millionen. In Afrika gibt es nach wenig zuverlässigen Angaben etwa 7 Millionen Flüchtlinge und etwa 18 Millionen sog. Binnenvertriebene. Die allermeisten dieser Menschen verlassen Afrika nicht, sondern fliehen innerhalb ihrer Heimatländer (z.B. Sudan) oder in Nachbarländer. Die Anzahl von Flüchtlingen/Migranten in Afrika ist demnach mehr als doppelt so hoch wie in Europa. EASG: Gemeinsames Europäisches Asylsystem (Grundlage für Flüchtlingsschutz und Solidarität in der EU). Hauptziele/Bausteine dieses Abkommens sind: Harmonisierung von Standards und Zuständigkeiten, Entlastung der EU. (Text und Bild: Dr. Joseph Lütke-Entrup)



Senioren-Union Alfter besucht die Quarzwerke in Witterschlick

An einem heißen Sommertag traf sich die Senioren-Union Alfter (Vorsitzende Frau Brigitte Schächter) mit 32 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem großen Vorplatz der Kiesgrube der Quarzwerke in Witterschlick. Sie wurden in zwei Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe erhielt eine informative Unterrichtung mit einem Diavortrag sowie eine ausführliche Ortsbegehung im Kiesgrubengelände mit fachkundigen Erklärungen. Die Firma Quarzwerke Witterschlick GmbH & Co. KG wurde 1969 gegründet und ist seit 2008 eine Tochter der Frechener Quarzwerke GmbH. In diesem Jahr feiern die Quarzwerke das 55-jährige Bestehen. In einem inzwischen recht großen See werden mit Hilfe

eines Schwimmbaggers quartäre Sande und Kiese und hochwertige tertiäre Quarzsande und Quarzkiese abgebaut und nachfolgend aufbereitet.

Der hochreine, fast weiße Quarzsand und Quarzkies ist wegen seiner Beschaffenheit wesentlich besser als andere Sande und Kiese für bestimmte Anwendungsbereiche geeignet.

Anwendungsbereich für diese Sande und Kiese sind u. a. Wasseraufbereitung, Stahlindustrie als Schlackenbinder, Bau-Chemie und Trockenmörtel, Betonindustrie, Sportplatzbau, Beachvolleyball / Golf und Reitsport.

Für diese speziellen Anwendungsbereiche als auch für die traditionelle Anwendung in der Bauindustrie werden die Produkte aufbereitet und in ihrer Qualität überwacht.

Erfahrene Mitarbeiter beraten bei der Produktauswahl und in der Logistik gerne, gut und unbürokratisch.

Ein besonderes Anliegen der Quarzwerke in Witterschlick ist, neben der wirtschaftlichen Nutzung der vorhandenen hochwertigen Lagerstätte, die Bewahrung der Natur durch die Schaffung neuer Lebensräume in einem ökologisch gestalteten Landschaftssee sowie die Anpflanzung neuer Wälder zum Ausgleich für die derzeitigen zeitlichen Eingriffe in die Natur.

Der zweite Teil des Betriebsbesuches umfasste eine geführte Besichtigung des Betriebsgeländes mit sachkundiger Führung und informativen Erläuterungen zu einzelnen Betriebsabläufen. Diese umfassen den Sand- und Kiesabbau, die Aufbereitung mit Trocknung bis hin zur Verpackung und auch der losen Abgabe zur industriellen Verwendung oder auch zum privaten Gebrauch.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Senioren-Union Alfter waren von dieser umfassenden Präsentation und der sehr informativen Führung beeindruckt und begeistert. (Bild und Text: Dr. Trenkle, Senioren-Union Alfter)

Weitere Beiträge aus den Ortsvereinigungen finden Sie unter: <https://www.senu-rsk.de/aktuelles>

Anmerkung der Redaktion:

"Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für diese Beiträge übernimmt die Redaktion auch keine Verantwortung."

Impressum Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion: Dr. Dieter Braun / Marga Basche

Beiträge an:

Dr. Dieter Braun, Auf dem Äckerchen 8, 53343 Wachtberg, deejay2@gmx.de

V.I.S.P.: Dr. Dieter Braun